

Polens Lösung für billige Energie in Europa heißt Atomkraft

Welt, 23.01.2025, Stefan Beutelsbacher

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus255200484/Energie-aber-ohne-Russland-Polens-Loesung-fuer-Europa-heisst-Atomkraft.html?cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.7237340>

Polen hat die Ratspräsidentschaft der EU inne – und will den Einfluss nutzen, russische Gas-Importe zu stoppen. Stattdessen liege die Zukunft in Atomkraft, heißt es in einem vertraulichen Brief. Ein anderes Anliegen Polens ist ein Hoffnungsschimmer für Europas Unternehmen.

Die Ratspräsidentschaft wechselt alle sechs Monate zwischen den 27 EU-Staaten. Wer sie innehat, leitet wichtige Sitzungen europäischer Minister und kann großen Einfluss auf die politische Agenda des Kontinents nehmen. Die polnische Regierung will bis zum Sommer mehr als 1000 Treffen in Brüssel und Warschau organisieren.

Zuletzt hatten die Ungarn den Vorsitz inne, ihr Motto lautete: MEGA. Das stand für „Make Europe Great Again“, auf Deutsch so viel wie „Macht Europa wieder großartig“. Eine Abwandlung des Slogans „Make America Great Again“ von Donald Trump.

Was also will Polen in der ersten Hälfte dieses Jahres erreichen? Die Regierung legt den Begriff „Sicherheit“ weit aus. Zum einen bezieht sie ihn – ganz klassisch – auf das Militär. „Wir müssen endlich unsere Hausaufgaben machen“, sagt Premierminister Donald Tusk vor wenigen Tagen bei einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Warschau.

Tusk fordert die EU-Staaten auf, ihre Rüstungsetats deutlich zu erhöhen. Sie sollten, meint er, fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben. So fordert es auch US-Präsident Trump. Polen möchte 2025 schon auf 4,7 Prozent kommen, das wäre der höchste Wert in der Nato. Deutschland schaffte zuletzt knapp zwei Prozent.

Ukraine-Präsident Selenskyj ist zu Besuch in Polen. Anlass sind Gespräche über ein Massaker ukrainischer Nationalisten an Polen in den 1940er Jahren. „Gleichzeitig geht es natürlich auch um den Krieg in der Ukraine“, berichtet Reporter Ibrahim Naber.

Es geht Tusk aber nicht nur um militärische Sicherheit in Europa, sondern auch um wirtschaftliche. Vor allem eine Frage beschäftigt seine Regierung: Wie kann der Kontinent die Versorgung mit Strom und Gas sichern? Warschau und Brüssel wollen dafür sorgen, dass die EU bis 2027 unabhängig von russischer Energie wird. Und zwar vollständig.

Die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, sagt oft, sie wolle Moskaus Kriegskasse austrocknen. Doch zur Wahrheit gehört: Die EU zählt auch fast drei Jahre nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine zu den größten Käufern russischer Rohstoffe. Im September des vergangenen Jahres – jüngere Daten liegen nicht vor – flossen aus europäischen Staaten zwei Milliarden Euro für Gas nach

Moskau. Das geht aus einer Untersuchung des finnischen Forschungsinstituts Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) hervor.

Die Polen wollen die Importe stoppen – und zugleich Europas Energieversorgung sichern und Strom und Gas sogar günstiger machen. Ein Paradoxon, könnte man meinen. Wie will Warschau es lösen? In einem vertraulichen Brief der polnischen Regierung an Europas Wirtschafts- und Finanzminister, der WELT vorliegt, wirbt das Land für eine stärkere Nutzung von Atomkraft.

„Die traditionelle Kernenergie ist wichtig für die Energiewende und sollte Teil der europäischen Strategie sein“, heißt es darin. „Kostengünstige und zuverlässige Energie ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit Europas.“ Diese Position ist in der EU umstritten. Deutschland zum Beispiel war in der Vergangenheit gegen den Ausbau von Atomkraft.

Ein anderes großes Anliegen der neuen polnischen Ratspräsidentschaft ist der Abbau von Bürokratie. Auch das zählt für sie zu „wirtschaftlicher Sicherheit“ – schließlich, so ihre Argumentation, lähmt all die Pflichten und Verbote ebenfalls die Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents.

„Die Regulierung in der EU ist übermäßig belastend geworden“, heißt es in einem weiteren Schreiben der polnischen Regierung, das WELT vorliegt. Zwei von drei Unternehmen schreckten aufgrund der Bürokratie vor langfristigen Investitionen zurück. Das gefährde Wachstum und Wohlstand in Europa.

Warschau hat den Punkt „Bürokratieabbau“ auf die Tagesordnungen aller Treffen der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister im kommenden halben Jahr gesetzt. Ein Zeichen, wie wichtig der polnischen Regierung das Thema ist. Und ein Hoffnungsschimmer für Europas Unternehmen, die schon seit langer Zeit die Vereinfachung und Rücknahme von EU-Gesetzen fordern.

Die Polen verfolgen – neben billigerer Energie und weniger Bürokratie – noch ein drittes Ziel: Ernährungssicherheit. Es gehe darum, heißt es in Warschau, dass alle Europäer genug zu essen hätten. Übersetzt bedeutet das: mehr Hilfen für die Bauern auf dem Kontinent. Die EU, meint der polnische Premier Tusk, solle sie ermutigen, die Umwelt zu schützen, aber sie weniger dazu zwingen.

Das ist womöglich eine Reaktion auf die vielen Proteste gegen Brüssels Öko-Regeln, die es vergangenes Jahr gab. Und ein Versuch, bei den mehr als eine Million polnischen Landwirten zu punkten.

Doch wird all das etwas bringen? Kann Polen, ausgerechnet der größte Nettoempfänger in der EU, wirklich etwas bewegen? Das Land bekam im Jahr 2023 rund 8,4 Milliarden Euro mehr aus dem europäischen Haushalt, als es einzahlte. Nehmen die anderen Regierungen es ernst?

„In einer Zeit, in der Deutschland und Frankreich eine Pause von ihren traditionellen Führungsrollen in der EU einlegen“, meint Aaron Korewa aus dem Warschauer Büro der Denkfabrik Atlantic Council, „ist die Bühne frei für Polen“.

Korewa spielt darauf an, dass die Regierungen der beiden Länder gerade wenig Einfluss auf die Brüsseler Politik haben. Weil der französische Präsident Emmanuel

Macron im vergangenen Jahr geschwächt aus einer Wahl hervorging – und der deutsche Kanzler Olaf Scholz eine in diesem Jahr verlieren dürfte.

Es gebe aber Herausforderungen für die Polen, glaubt Korewa. Wie den Status als größter Nettoempfänger. „Dass das Land deutlich mehr erhält, als es an die EU überweist“, so der Experte, „könnte Kritik hervorrufen“. Dennoch dürfte Polens Wort in den kommenden sechs Monaten Gewicht haben. Schließlich war Premier Tusk von 2014 bis 2019 Präsident des Europäischen Rates und damit einer der mächtigsten Männer in Brüssel.

Zudem gehört er der christdemokratischen EVP an, die seit der Europawahl im vergangenen Jahr im EU-Parlament und in der Kommission den Ton angibt. Wenn einer in Abwesenheit von Macron und Scholz etwas bewegen kann, dann wohl Tusk.